

## Am I Ulmisch?

### Kommentar zur EUROSOLAR-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“ 27. und 28. Juni 2013 in Ulm

von Dr. Axel Berg, Vorsitzender EUROSOLAR-Sektion Deutschland

EUROSOLAR hat seit der ersten Stadtwerke-Konferenz 2006 in Schwäbisch-Hall - mit wegweisenden Reden von Dr. Hermann Scheer, Dr. Peter Becker, Johannes van Bergen und Dr. Dieter Attig - den Schulterschluss mit den Stadtwerken bei der Energiewende gesucht.

#### Warum Stadtwerke?

Weil sie das ureigene Instrument der Kommunen sind. Stadtwerke sind kommunale Unternehmen, die im öffentlichen Auftrag technische Dienstleistungen und Versorgungsleistungen, insbesondere im Bereich der Grundversorgung und der Daseinsvorsorge der Bevölkerung, erbringen. Dazu gehört auch die Energieversorgung, also Stromproduktion und -netze, Gas oder Fernwärme. Den Großteil der Stromversorgung an vier große private EVUs zu delegieren, war wohl ein historischer Fehler, den erst die Energiewende wieder heilt. Und ganz Gallien zu besetzen, ist den großen Vier nicht gelungen. Die Stadtwerke haben die letzte Meile, den Zugang zum Endkunden. Und sofern sie mehrheitlich der Gemeinde gehören, sind sie auch noch demokratisch legitimiert und ihre Gewinne fließen zurück in die Gemeinde. In Deutschland und Österreich sind Stadtwerke im Regelfall privatwirtschaftlich organisiert, manche im Interessenverband, viele sind an anderen operativ tätigen Unternehmen beteiligt. Sie agieren mit den Stadtwerksgewinnen und Kraftwerksbeteiligungen im Querverbund oder auch privatrechtlich mit Gewinnerzielungsabsicht. Organisiert sind sie im VKU (Verband kommunaler Unternehmen).

Kommunalunternehmen sind bürgerbestimmt und bürgerorientiert. In Umfragen erhalten sie - im Gegensatz zu den Energiekonzernen - gute Werte hinsichtlich des Vertrauens. Sie stehen für Integrität und Nachhaltigkeit und können glaubhaft kommunizieren. Akzeptanz ist eine zentrale Voraussetzung energiepolitischer Vorstellungen. So war es schon bei der Kohle. So ist es erst recht bei der von einer breiten Bürgermehrheit befürworteten Energiewende. Heute haben wir es mit einer gut informierten, argwöhnischen und aktionsbereiten Zivilgesellschaft zu tun. Das ändert alles. Spätestens seit Stuttgart 21 ist der Geist aus der Flasche. Ein umfassender Wertewandel ist angekommen, der fast alle Bereiche der

Gesellschaft einschließt und sich nicht auf große Infrastrukturprojekte beschränkt. Transparenz und frühzeitige Projektkommunikation gegenüber relevanten Bürgergruppen wird zu einer Bringschuld der Aufgabenträger. Parteien, Behörden und Unternehmen müssen zügig lernen, mit dieser Herausforderung umzugehen. Dabei geht es nie um populistische Organisation von Zustimmung. Es gibt auch keinen goldenen Weg. Alles muss mit all seinen Spezifika neu und singulär betrachtet werden.

Zugespitzt lässt sich sagen: Ohne Akzeptanz keinen Erfolg! So wird das altbekannte energiewirtschaftliche Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit um die Akzeptanz ergänzt zum energiewirtschaftlichen Viereck.

Kommunale Unternehmen haben dabei eine Schlüsselrolle: Sie sind lokal verankert und richten ihre Ziele an den Bedürfnissen vor Ort aus. Doch Vorsicht: Wehe denen, die nicht die ganze Wahrheit sagen. Das kenne ich gut aus meiner Heimatstadt München. Wer 100 % Erneuerbare verspricht, aber nur bilanziell einkauft und zu Hause läuft das alte AKW- und Kohleprogramm weiter, riskiert alles in Sachen Akzeptanz. Enttäuschtes Vertrauen führt zu beinhardtem Misstrauen.

### **Rolle der Gemeinden**

Kommunen mit ihrer Stadtgesellschaft sind die Hauptbetroffenen von häufigeren Hitzeperioden, Überschwemmungen oder anderen Extremwetterereignissen und der zentrale Akteur für Schutzmaßnahmen vor Ort.

Sie können in noch überschaubaren Einheiten einigermaßen ganzheitlich im direkten Dialog mit den Bewohnern Lösungen suchen, weil sie oft klein genug sind, um individuelle Bürgermotive hin zu gemeinsamen und durchsetzungsstarken Aktionen zu formen.

In ihren Rathäusern, Verwaltungs- oder Schulgebäuden sind nicht nur viele Bürger lang anhaltenden Hitzewellen im Sommer oder starken Stürmen ausgesetzt. Oft gibt es auch noch städtische Wohnungsbaugesellschaften. Ist das Haus gut gewappnet, hat man gleich nachahmenswerte Vorbildfunktionen für Privathaushalte und Unternehmen und die Bürger als beste Werbeträger. So werden auch die verschiedensten Zielgruppen erreicht und durch Beratungsangebote und Informationskampagnen sensibilisiert. Handwerker und Planer können zertifiziert, die Hochschulen motiviert und alle miteinander vernetzt werden.

Kommunen können durch Verordnungen oder über das Planungsrecht hoheitlich handeln. Kommunale Vorgaben bringen Unternehmen Investitionssicherheit, bevor sie selbst Maßnahmen starten. Beispielsweise hatten viele Unternehmen früh in Emissionseinsparung investiert, weil sie mit einem funktionierenden Emissionshandel rechneten. Sie sind betriebswirtschaftlich gegenüber ihren Wettbewerbern benachteiligt, die extra viel Energie verbrauchen, um dann Härtefallregelungen in Anspruch zu nehmen. Kommunen können Orientierung bieten und mit technischen Vorgaben für Chancengleichheit sorgen.

Im Dialog "Nachhaltige Stadt" des Rates für Nachhaltige Entwicklung fordern die Oberbürgermeister von 25 deutschen Städten den Gesetzgeber auf, geeignete Rahmenbedingungen für starke Kommunen zu schaffen, damit die Energiewende eine Erfolgsstory wird. Die vertikale Vernetzung von EU, Bund, Ländern, Regionen und Kommunen muss besser werden. Mobilität und Wärmeversorgung brauchen mehr Beachtung. Es braucht ein stimmiges Verhältnis im neuen Energiemarktdesign zwischen Stromproduktion, dem Aus- und Umbau der Netze, Systemstabilität, Versorgungssicherheit, Kosteneffizienz und Erreichen der Klimaschutzziele. All das geht nur mit einer klaren, verlässlichen Programmatik. Die Beteiligung von Bürgerschaft und Wirtschaft, die sich auch am Netzausbau finanziell beteiligen sollen, stellt eine wesentliche Voraussetzung dar. Nur müssen die Kommunen stärker an der Bedarfsplanung und dem Ausbau der Übertragungsnetze beteiligt werden. Und natürlich müssen bei der dezentral stattfindenden Energiewende auch die örtlichen und regionalen Verteilnetze im Zentrum des Netzausbaus stehen.

Die Rahmenbedingungen und Erwartungen an die Stromversorgung ändern sich permanent. Seit den 1990ern wurden neue europäische und deutsche Rahmenbedingungen bei der Erzeugung und der Endkundenversorgung geschaffen, was Wettbewerb möglich machen soll. Das verbleibende natürliche Monopol der Strom- und Gasnetze wurde reguliert. Die Klima- und Umweltschutzziele nahmen an Bedeutung zu, was sich auf Unternehmensstrategien und Handlungsoptionen der Stadtwerke ganz unterschiedlich auswirkte. Die Liberalisierung und das Ziel, mehr Wettbewerb und Wettbewerber zu bekommen, führten zu mächtigen Veränderungen: Seit 2007 gab es rund 70 Stadtwerke-Neugründungen. Und bis 2015 laufen in Deutschland die restlichen Strom- und Gasnetzkonzessionsverträge aus. Ein weithin zunehmender Einsatz Erneuerbarer Energien und eine vermehrte Nutzung von weiträumig verteilten, lastnahen sowie effizient steuerbaren Energieerzeugungsanlagen vor allem in KWK werden angestrebt. Die Konsequenz ist eine schrittweise Umstrukturierung des heute noch zentral ausgerichteten Versorgungssystems auf der Grundlage von Großkraftwerken hin zu einem heterogenen, überwiegend von kleineren, dezentralen Einheiten gekennzeichneten System.

Stadtwerke haben also beste Voraussetzungen und größte Chancen auf Erfolg, doch sie sind nicht immun gegen politische oder wirtschaftliche Fehlentscheidungen. Auf der EUROSOLAR-Konferenz wurden die Konsequenzen unternehmensstrategischer Entscheidungen deutlich. Auf der einen Seite die trendsetzenden, risikobereiten Early Birds, die alle Register zogen und sich heute über ihren Erfolg freuen. Und auf der anderen Seite diejenigen Stadtwerke, die den Business as usual-Weg nur zögerlich verlassen und nun auf Stranded Investments in konventionelle Erzeugungsanlagen sitzen, die bald keiner mehr braucht.

**Ivo Gönner**, Ulmer OB, begrüßte als Gastgeber die Konferenzteilnehmer gut gelaunt mit Ulmer Erfolgsgeschichten vom Spitzenplatz in der Solarbundesliga oder Albert Einstein, der eben nicht für die Relativitätstheorie den Nobelpreis bekam, sondern für die Entdeckung des photoelektrischen Effekts, auf dem der photovoltaische Effekt aufbaut. Einsteins erste Lebensmonate, die er in Ulm lebte, müssen also prägend gewesen sein. Dann wurde Gönner

ernster und sprach zunehmend als Aufsichtsratsvorsitzender der SWU und VKU-Präsident. Stadtwerke seien keine Monopole mehr, sondern stünden im Wettbewerb. Automatische Treue der Bürger zu ihren Stadtwerken gebe es nicht mehr. Eine Neugründung sehe er nicht als Erfolgsgarantie, sondern als zusätzlichen Wettbewerber. Und für die gebe es keinen Platz mehr. Von weiteren Rekommunalisierungen riet er ab.

## Zukunft des EEG

Dann kam er zu notwendigen Gesetzesänderungen. Wir brauchen einen Markt für gesicherte Energie. Soweit waren wir noch beieinander, das denken viele EUROSOLAR-Mitglieder auch. Es sollte nicht mehr einfach die Produktion erneuerbar erzeugten Stroms pro kW/h honoriert werden, sondern die bereitstehenden kW, also die Leistung. Ein Biomassekraftwerk kann m.E. ruhig eine vielfach höhere Vergütung bekommen, wenn es dafür nicht nach Strich fährt, sondern Regelernergie bereit hält.

Doch dann erklärte Gönner den Plan des VKU, statt des EEG mit Einspeisevorrang, Planbarkeit und festen Vergütungssätzen ein neues System zu schaffen. Einen Auktionsmarkt für eine Grundversorgung über Quoten. So entstehe ein Gesamtsystem mit einem neuen Markt für Erneuerbare.

Fördermittel, so der VKU, sollen künftig im Rahmen einer Ausschreibung als Investitionskostenzuschuss vergeben werden. Der Staat fördert eine von ihm definierte bestimmte Menge an Erneuerbare-Energien-Kapazitäten über ein spezielles Auktionsverfahren, aufgeschlüsselt nach Technologien und Regionen. In dieser Auktion geben die Bewerber jeweils an, zu welchem Förderbetrag sie eine bestimmte Menge an Erneuerbare-Energien-Kapazität errichten und betreiben würden. Zum Zuge kommen die Projekte, die in der Summe die ausgeschriebenen Kapazitäten zu den geringsten Förderkosten bereitstellen können. Anders als im jetzigen EEG wird also die Errichtung der Anlage, nicht aber die Stromerzeugung aus dieser Anlage gefördert. Direktvermarktung wird verpflichtend.

Es handelt sich also um ein Quotenmodell, das planwirtschaftlich politisch gewünschte Erneuerbare-Energien-Mengen ausschreibt, die dann aus dem Bundeshaushalt je nach Haushaltlage subventioniert werden (Quoten-Subventions-Modell). Das erinnert an das Quotensystem Großbritanniens, das in Sachen Kostenbegrenzung, Arbeitsplatzschaffung, Technologieförderung, Industrieansiedlung usw. voll versagt hat.

**Dr. Fabio Longo**, erfahrener Energie-Rechtsanwalt aus dem EUROSOLAR-Vorstand, befürchtet, dass die kommunale, mittelständische und bürgerschaftliche Energiewende mit einem Schlag beendet wäre. Die neuen Träger der Energiewende könnten nicht mehr selbstbestimmt auf der Basis des EEG investieren, sondern wären abhängig vom Gutdünken derjenigen, die in den aufwändigen Ausschreibungsverfahren des Quoten-Subventions-Modells EE-Mengen und Subventionen zugewiesen bekommen. Wie sollen sich kleine Stadtwerke, Energiegenossenschaften, Städte und Gemeinden, Familien, Landwirte ohne

einen gut ausgestatteten Verwaltungsapparat erfolgreich an der Ausschreibung von EE-Mengen und Subventionen beteiligen? Die Erneuerbaren würden zum Geschäft der großen Stromkonzerne und vielleicht weniger großer Stadtwerke, die sich dann überlegen können, was sie mit den ausgeschriebenen erneuerbaren Quoten machen: Energiewende ausbremsen oder in eigener Hand konzentrieren.

**Matthias Berz**, Geschäftsführer der SWU, bat das Publikum, realistisch zu bleiben. Er sprach von den schwierigen Rahmenbedingungen der letzten Jahre mit den vier Paradigmenwechseln: Vom Monopol zum Wettbewerb, dann Atomausstieg, dann wieder Laufzeitverlängerung und wieder kehrt nach Fukushima. Bei Amortisationszeiten für fossile Kraftwerke von 40-50 Jahren, sinkenden Produktionserlösen und sogar zu bildenden Drohverlustrückstellungen für moderne fossile Kraftwerke seien viele, so auch Ulm, nicht mehr in der Lage, ihre Fixkosten zu decken. Es gebe nagelneue Gas- und Kohlekraftwerke, die vom ersten Tag an Verluste schreiben. Ein Kapazitätsmarkt für Erneuerbare könne daher für den VKU kein Weg sein, sondern die volatilen Erneuerbaren müssten verknüpft werden mit der Sicherheit der Versorgung. Also in den Markt integrieren, teure Zuschüsse abbauen und das Ausbautempo der Erneuerbaren an die Ertüchtigung der Netze und den Bau von Reservekapazitäten anpassen. Nur ökonomisch (damit meinte er sicher betriebswirtschaftlich) könne man am Weg zu 100 % arbeiten. Sonst sägen wir an dem industriellen Ast, auf dem wir sitzen. Die Energiewende funktioniere nur marktkonform oder werde scheitern. Die Erneuerbaren seien also eher Fluch statt Segen. Das saß. Und das konnten andere so nicht stehen lassen.

**Hans-Josef Fell**, MdB und WCRE-Vorstand, betonte zwar erst mal, dass die Stadtwerke nach wie vor die natürlichen Verbündeten der Energiewende seien, machte aber auch klar, dass das EEG weit über die Ökonomie hinaus Ziele wie Innovation, Klimaschutz, Atomausstieg und einige mehr habe. Außerdem sind die Emissionen wieder auf Rekordhöhe. Der Überlebenskampf des Geschäftsmodells der großen Energieversorger sei in vollem Gange. Jetzt würden die Erneuerbaren diffamiert, während gleichzeitig durch den verfehlten Umlagemechanismus die Kohleindustrie, Massentierhaltungen und vieles mehr von Kosten befreit werde, die wiederum von den Bürgern über gestiegene Preise bezahlt werden müssen. Über die Integration von acht Prozent Windkraft werde gejammert während Dänemark 40 % im Netz hat und es geht. Fell ist sich sicher, dass wir das auch in Deutschland managen können. Einen Bestandsschutz für fossile Kraftwerke gebe es nicht. Einen tragfähigen Markt auch nicht. Klimawandel und Erderwärmung zeigen doch gerade das Marktversagen auf. Eine Marktwirtschaft entstehe auch nicht mit einem VKU-Modell, bei dem der Staat Quoten festlege. Die Energiewende komme billiger als die Aufrechterhaltung des fossilen Systems. Allein im vergangenen Jahr sind wieder sechs weitere Prozent Erneuerbare ins System gekommen. Kohle und Atom müssten schon deshalb weg, weil sie nicht schnell regelbar sind. Und Gas fördere Deutschlands Abhängigkeit von den ausländischen Lieferanten. Stranded Investment sei ein Fehler eben derjenigen Energiemanager, die heute Bestandsschutz für fossile Kraftwerke fordern. Das saß auch.

**Johannes von Bergen**, seit vielen Jahren erfolgreicher Chef der Schwäbisch Haller Stadtwerke, stellte ein komplett anderes Geschäftsmodell als die Ulmer vor. Mit viel Eigenversorgung durch BHKWs und zig Verschachtelungen mit anderen, vor allem kleineren Stadtwerken, die mit modernstem technischen Know-how ähnlich expandieren wollen wie die Haller. Unter anderem sprach er von dem neuesten Win-Win-Konzept, das industrielle Abwärme in Fernheizungsrohre lenkt. Er betonte die Wichtigkeit, Netze niemals für mehr als den Ertragswert zu kaufen, sonst drohe Ärger mit der Regulierungsbehörde und die Wichtigkeit des Querverbands, ohne den Stadtwerke nicht funktionieren würden. KWK sei immer noch in vielen Städten unbekannt, im Ausland gebe es überhaupt kaum Stadtwerke. Das wichtigste für Stadtwerke aber sei die Auswahl guten Personals. Wenn man was in der Birne hat, so van Bergen, geht das.

Die Fronten waren klar. Es gab genug zu diskutieren in den Kaffeepausen. Und es wurde konstruktiv, wenn auch weniger konfrontativ weitergearbeitet. Deshalb halte ich mich auch kurz:

### **Die Strategien sind unterschiedlich**

**Rosa Hemmers**, mal nicht als Grüner Strom Label referierend, sprach für die STAWAG. Die Aachener verfolgen eine den Schwäbisch Hallern nicht unähnliche Strategie. Mir gefiel besonders gut, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen als Steuerungsgröße für Investitionen fungieren. So führt in Aachen der Dreiklang Klimaschutz, Versorgungssicherheit und gute Wettbewerbssituation zum Erfolg.

**Dr. Peter Birkner**, Vorstand der Mainova AG, kam beeindruckend rüber. Er sieht klar, dass die Energiewende mit der Zeit ein Überangebot auf dem Strommarkt bewirkt. Wenn wir bei 35 % Erneuerbare-Energien-Anteil seien, drohe ohne ausreichende Möglichkeiten von Speicherung, Umwandlung und Lastverschiebung der Overkill. Notwendig seien KWK, Wärmespeicher nach dem Prinzip Tauchsieder, Erdgasspeicher und besserer Ausgleich zwischen Land und Stadt. Da die Verteilnetze mit 90 % Erneuerbare-Energien die Hauptlast trügen, müssen sie erweitert werden. Wage man freilich einen Blick in die Zukunft, so müsse die Energieerzeugung vom Land in die Stadt kommen, also näher an den Verbrauch. Man experimentiere bereits mit gebäudeintegrierter Photovoltaik mit aufgedruckten (!) Solarzellen. Ein Drittel der Frankfurter Dachflächen mit Modulen bestückt erzeuge genug Strom für die ganze Stadt. Entscheidend für das Gelingen der Energiewende seien Koordination und richtige zeitliche Abfolge.

**Hans Schermeyer** von Trianel, dem Gemeinschaftsunternehmen von Stadwerken mit über 100 Versorgern, erklärte den Nutzen von Smartmeter-Technologien, die - via Internet-App gesteuert - bei der Direktvermarktung von Überschussproduktionen Erneuerbaren Stroms hilfreich sind.

## Rekommunalisierung

**Jana Schröder** von den Wolfhagener Stadtwerken stellte Bürgerbeteiligungen in Form der Genossenschaft vor, die direkt an den Stadtwerken Wolfhagen beteiligt sind. Ein Modell für besonders bürgernahe Stadtwerke, die die Einwohner auf dem Weg der Energiewende mitnehmen möchten.

**Dr. Kurt Berlo** vom Wuppertal-Institut geißelte die Methoden der Stromkonzerne, mit denen sie Rekommunalisierungswünsche von Kommunen unterminieren. Man arbeitet sowohl mit Anreizen als auch mit Drohungen. Bei uns in Bayern sagt man, dass es ja nicht verboten sei, mit der Speckschwarte zu winken. Doch die Grenzen der Korruption sind fließend. Manchmal reichen schon neue E.ON-Trikots für die Jugendmannschaft, um Beißhemmungen bei den Erwachsenen zu erreichen. So konnte Berlo etliche Beispiele vom Sponsoring von Kulturevents bis zur politischen Landschaftspflege aufzählen. Wenn Konzerne aber nicht mal vor rechtswidrigen Methoden wie dem Einstellen der Bezahlung ihrer Konzessionsabgaben an die Gemeinde oder Verweigerung der Herausgabe notwendiger Daten zurückschrecken, hört der Spaß wirklich auf. Sein Fazit lautete immerhin: Lassen Sie sich nicht beirren!

**Dr. Michael Sladek**, Schwarzwälder Legende, zeigte dem gewogenen Publikum erst mal ein Foto, auf dem seine Frau Ursula den Goldman-Preis (The World's Largest Prize Honoring Grassroots Environmentalists) von Barack Obama für die gelungene Revolution in Schöнау entgegennahm. Dann mahnte er aber, dass Stadtwerke allein kein Garant für dezentrale Strukturen seien. Bürgergenossenschaften hingegen schon. Anschließend berichtete er über die Probleme mit Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur, die versuchen, die kommunale Selbstverwaltung auszuhöhlen. Es sei doch absurd, Gemeinden und nicht den oligopolistischen Konzernen eine marktbeherrschende Stellung zuzuschreiben.

**Dr. Dieter Attig**, der seit über 30 Jahren als Chef mehrerer Stadtwerke die Energiewende mitgestaltet, sprach von seinen Erfahrungen beim Zusammenfassen vieler kleiner Gemeinden zu einer Mindestgröße von mindestens 100.000 regionalen Einwohnern. So viele braucht es als absolutes Minimum, damit sich heute eine Stadtwerkegründung überhaupt lohnt. Die Kooperation vieler Dörfer in genossenschaftlicher Form pries er als Modell für den ländlichen Raum. Jedes behält dabei das eigene, rechtlich selbständige Kommunalwerk. Anders als van Bergen aus Schwäbisch Hall betonte Attig, dass Beteiligungen an anderen Stadtwerken auch zur Last werden können. Die Gemeinden sollen das ruhig alleine angehen und nicht in Kooperation mit den bisherigen Konzern-Platzhirschen. Denn, listig zitierte er Klaus Traube, Regionalversorger seien zwar keine Bösewichte, doch ungeeignete Geschäftspartner.

## Stromspeicher

**Prof. Dr. Ingo Stadler** von der FH Köln, klärte erst mal darüber auf, dass das jetzige konventionelle Energiesystem mit seinen Kohlehalden und Öllagern mehr Speicherplatz brauche als es die Erneuerbaren je tun werden. Demand Side Management ist die neue Speicherung. Wegen der Volatilität der Erneuerbaren werde man trotzdem bei 120 % Erneuerbare Energien ankommen. Je günstiger die neuen Technologien werden, desto attraktiver werde eine Überproduktion verglichen mit Speicherbau. Effizienter als Strom zu Strom in Batterien zu speichern sei es allemal, Strom zu Wärme zu verwandeln. Also auch Prinzip Tauchsieder. Auch er plädierte dafür, mehr Photovoltaik in die Stadt zu bringen. Dann müsse man auch weniger Infrastruktur auf dem Land bauen. Die Städte haben die effiziente Infrastruktur, die wir zur Vollendung der Energiewende brauchen. Nur der Wille fehlt.

**Ludwig Karg**, B.A.U.M Consult-Geschäftsführer, bestätigte Stadlers Haltung. Speicherung im großen Stil werde seines Erachtens sogar erst ab einem Erneuerbare-Energien-Anteil von 40-60 % relevant. Wenn die Lastverschiebung optimal laufe, würden Speicher ohnehin arbeitslos. Die Chance für stolze und transparente Stadtwerke sieht er in der Verbindung von Energieerzeugung und Dienstleistungen.

**Jürgen Knies** vom OFFIS-Institut führte aus, wie durch ein Smart Grid, das einmal eine Selbstverständlichkeit sein wird, Erneuerbare und Verteilnetz in Einklang gebracht werden können.

**Florian Meyer** von der SWU Netze GmbH und **Holger Ruf** von der Hochschule Ulm erklärten, wie in Ulm die vielen privaten PV-Anlagen technisch ins Stromnetz integriert werden.

## Rahmenbedingungen

**Dr. Sascha Michaels**, Rechtsanwalt bei Becker Büttner Held, brachte ein wenig Licht in die Wirren des Vergaberechts bei der Ausschreibung von Strom und die verschiedenen Strom-Zertifizierungsmodelle.

**Dr. Mareen Puletz**, Rechtsanwältin bei Weisskopf, beschrieb die Chancen für Stadtwerke durch Energieliefer-Contracting und wies den Weg zu den bestehenden, doch komplizierten Entlastungs- und Fördermöglichkeiten.

**Andrea Lüke**, Chefin der Stadtwerke Greven, erklärte am Beispiel "Landstrom", wie ein Zusammenschluss mehrerer Stadtwerke aus einer Region den ganzen Landkreis autonom versorgen kann. Nicht Öko, sondern das Regionale steht hier im Vordergrund. Das Modell kann, muss aber nicht mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Hauptsache, man jagt RWE via Heimattreue ein paar Kunden ab.

**Arne Jan Hinz**, technischer Controller der Stadtwerke Schwäbisch Hall erklärte schließlich, wie sich die Optimierung von KWK-Anlagen mit neuen Datenprogrammen erreichen lässt.



## Was EUROSOLAR meint

Damit die deutsche Energiewende gelingt, fordert EUROSOLAR von der Bundespolitik, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dessen drei Grundprinzipien feste Vergütungssätze, Einspeisevorrang und Planungssicherheit ins Zentrum eines neuen Strommarktdesigns zu stellen. Das alte Strommarktdesign der fossil-atomaren, oligopolistischen Energiewirtschaft soll abgelöst werden, insbesondere durch Sicherstellung eines funktionierenden Strommarkts, in dem sinkende Börsenpreise an die Verbraucher weitergegeben werden. Im EEG soll eine Speicherprämie eingeführt werden, mit dem ein wirtschaftlicher Anreiz für Stadtwerke und andere mittelständische Energieversorger geschaffen wird, um regelbare regenerative Verbundkraftwerke zusammenzuschalten.

Prof. Peter Droege, EUROSOLAR-Präsident seit Hermann Scheers Tod, bemerkt treffend: So ist auch die Zeit der nationalen, regionalen und lokalen Aktionen längst angebrochen: gewinnbringend, Werte schaffend, demokratisch, ethisch, sozial. Die Gemeinde als erneuerbar-solares Kraftwerk ist heute vielerorts schon Wirklichkeit. In einigen Regionen und Gemeinden besteht diese Wirklichkeit schon so lange, dass wir hiervon fallbeispielhaft lernen können. Nur ein Ziel „100 Prozent erneuerbar“ zählt, mit maximaler Geschwindigkeit verfolgt. Dazu ist eine neue Zusammenarbeit zwischen gewählter Vertretung, Gemeindeplanung, Bauwesen, industrie- und gewerblichen Partnern nötig, in denen die Stadtwerke zentrale Rollen spielen.

Auf kommunaler Ebene wurde von Gemeinden, mittelständischen Unternehmen und Bürgern in den letzten Jahren nicht nur Milliarden in die Energiewende investiert, sondern bereits 2009 rund 6,7 Milliarden Euro an direkter Wertschöpfung hereingewirtschaftet. Das Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung rechnet für 2020 mit 13,2 Milliarden Euro.

Die dezentrale Energiewende ist nicht nur der Schlüssel für eine sichere und moderne Energieversorgung, sondern essentiell für die widerstandsfähige Wirtschaftsstruktur der Zukunft. Gerade hier spielen unsere Stadtwerke eine zentrale Rolle als Agenten, Ermöglicher, Garanten einer neuen, erneuerbaren, ethischen Wirtschaft und Gesellschaft. Und wir dürfen nie vergessen, wie wichtig das Modell Deutschland auch international geworden ist.